
Quadrilaterale Konferenz mit der CSFR, Polen und Ungarn

Hotel Seepark, Thun, 9.-12. September 1992

Zusammenfassender Bericht
Konferenzbericht
Teilnehmerliste
Konferenzprogramm

Dr. Theodor H. Winkler
Beauftragter des Generalstabschefs für sicherheitspolitische Fragen
2. Oktober 1992



VERTRAULICH

Zusammenfassender Bericht

Vom 9.-12. September 1992 fand im Hotel Seepark, Thun, im Rahmen der gemeinsamen Ressortforschung von EDA und EMD eine Konferenz mit Vertretern von Aussen- und Verteidigungsministerien sowie wissenschaftlichen Instituten der CSFR, Polen und Ungarn statt. (Die ausländischen Delegationen umfassten je fünf Personen; eine Teilnehmerliste liegt diesem Bericht bei.) Zweck der Konferenz war es einerseits, sich die Lageeinschätzung, Probleme und Anliegen aus erster Hand schildern zu lassen, andererseits die Kontakte unter diesen drei Ländern, die sogenannte Visegrad-Gruppe, zu fördern.

Die Konferenz begann am 9. September mit einer bilateralen Sitzung der schweizerischen und ungarischen Teilnehmer, an die sich ein informeller Meinungs-austausch anschloss. Am 10. und 11. September fanden Sitzungen mit Beteiligung aller vier Delegationen statt. Am 12. September wurde die Konferenz mit einem bilateralen Treffen Schweiz - CSFR (analog zu jenem mit Ungarn drei Tage früher) abgeschlossen.

Dieser Anlass war als Beginn einer Serie konzipiert, in der - analog zu bestehenden Konferenzserien mit dem Westen bzw. mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten - beabsichtigt ist, einmal pro Jahr eine Konferenz mit Beteiligung der Schweiz, Ungarns, Polens und der CSFR (in Zukunft möglicherweise der Tschechischen und der Slowakischen Republik) stattfinden soll. Diese Initiative der Schweiz wurde von den ausländischen Teilnehmern sehr begrüsst. Von allen drei eingeladenen Staaten wurde der Vorschlag gemacht, diese Konferenz in den nächsten Jahren auf Rotationsbasis in den Hauptstädten ihrer Länder durchzuführen. Ungarn dürfte in den nächsten Wochen formell den Vorschlag unterbreiten, die Konferenz 1993 in Budapest durchzuführen.

Wieder einmal wurde deutlich, dass die politische und wirtschaftliche Lage in den drei mitteleuropäischen Ländern anhaltend das Potential für eine Destabilisierung der sich im Aufbau befindlichen Demokratien und Marktwirtschaften enthält. Diese Probleme werden durch zwei neue Belastungen vergrössert: den Krieg in Jugoslawien und dem dadurch ausgelösten Flüchtlingsstrom sowie der bevorstehenden Auflösung der CSFR. Die Flüchtlinge belasten die ohnehin fragilen Volkswirtschaften noch zusätzlich, und die Bildung einer Slowakischen Republik akzentuiert die Probleme der nationalen Minderheiten und kompliziert damit das Verhältnis Ungarns zur Slowakei und mittelbar möglicherweise auch zu Rumänien.

Es wurde aber auch deutlich gemacht, dass in allen drei Ländern der Wille besteht, den wirtschaftlichen und politischen Aufbau gegenüber den wirtschaftlichen Problemen und politischen Turbulenzen möglichst zu isolieren und an ihm festzuhalten. Tschechen und Slowaken sind bemüht, die eingeleitete Trennung friedlich zu gestalten und freundliche Beziehungen aufzubauen. Die ausländischen Teilnehmer stimmten aber überein, dass die politischen und wirtschaftlichen Aussichten für eine Slowakische Republik düster seien. Es besteht aber der Wille, die Visegrad von drei auf vier Staaten auszudehnen (Ungarn, Polen, Tschechische Republik und Slowakische Republik).

Die Vertreter aller drei Länder, insbesondere aber die Ungarn und Tschechoslowaken, denen mit dem bilateralen Treffen ein besonderes Gefäss dafür geboten wurde, nahmen die Konferenz wahr, um Anliegen an die Schweiz zu deponieren. Diese Anliegen reichen von Gesuchen um fachspezifische Beratung und Unterstützung bis zu Angeboten von konkreter Zusammenarbeit im Rüstungskontrollbereich. (Diese Anliegen und Vorschläge sind in ihrer Gesamtheit im ausführlichen Konferenzbericht aufgenommen. Sie bildeten gleichzeitig den Gegenstand eines separaten Berichtes, der vor zehn Tagen bereits versandt wurde.) Insgesamt zeigte sich ein starkes Bedürfnis nach Engagement der Schweiz, und diese Konferenz wurde als Teil der sicherheitspolitischen Kontakte in sich selbst als sehr nützlich beurteilt.

VERTRAULICH

Konferenzbericht

Bilaterales Treffen mit Ungarn

Ungarn will, wie *Gabor Brodi* (ungarisches Aussenministerium) ausführte, eine aktive Rolle beim Aufbau einer *europäischen Sicherheitsstruktur* spielen. Diese sollte präventiv tätig werden und sich nicht darauf beschränken, die Konsequenzen von Konflikten zu behandeln. Die Struktur sollte kooperative Sicherheit, sozialen Fortschritt, wirtschaftliche Stabilität und Schutz der Menschenrechte bringen. Kein einzelner Staat und keine einzelne Organisation könne dies tun; darum bestehe ein Bedarf für "interlocking institutions". Das letzte Ziel Ungarns sei es, seine volle Integration in diese sich herausbildenden europäischen Strukturen sicherzustellen (WEU, EG, NATO). Die Identität Ungarns sei nicht an den früheren Status gebunden; in dieser Hinsicht sei der Druck in Ungarn grösser als in der Schweiz, sich an der Schaffung einer neuen Ordnung zu beteiligen. Ungarn sei kein begeistertes Mitglied des Warschauer Pakts gewesen, und es wolle nicht neutral werden. Das Konzept Ungarns stimme weitgehend mit der NATO-Erklärung von Rom überein.

Die EG sei der zentrale Kern, zumal wirtschaftliche Sicherheit für Ungarn sehr wichtig sei. Glücklicherweise habe die deutsche Vereinigung die EG gezwungen, die Integration zu beschleunigen. Die Entwicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit verlaufe parallel zu der ungarischen Absicht, in diese Strukturen integriert zu werden. Ungarn wolle Vollmitglied der EG werden, und würde gerne in eine EG eintreten, wie sie im Vertrag von Maastricht anvisiert wird. Die Bereitschaft und Flexibilität Ungarns sei gross. Ungarn wünsche die Vertiefung der Integration; EG-Befürchtungen, dass Ungarn dies schwieriger machen würde, seien also grundlos. Das bestehende Assoziationsabkommen Ungarns mit der EG zeige, dass die Integration bereits im Gange sei. Dieses Abkommen habe in sich selber bereits eine sicherheitspolitische Bedeutung. Der Hauptweg für Ungarn verlaufe über die EG zur WEU. Der Zeitpunkt einer EG-Vollmitgliedschaft Ungarns hänge weitgehend davon ab, wie schnell die ungarische Wirtschaft restrukturiert und auf eine Marktwirtschaft umgestellt werden könne.

Die NATO habe schon allein durch ihre Existenz - und noch mehr durch ihre Erklärungen zu Mitteleuropa - eine indirekte Sicherheitsgarantie gegeben, die von grosser Bedeutung für die reformierenden Staaten Mitteleuropas sei. Insbesondere die Erklärung des Nordatlantikrats von Kopenhagen (7. Juni 1991) sei eine sehr starke Unterstützung für Ungarn gewesen. Vor einem Jahr sei zur Debatte gestanden, ob man einen Gesuch um Vollmitgliedschaft in der NATO einreichen solle. Dies hätte die NATO vor ein schwieriges Problem gestellt, indem Europa neu gespalten worden wäre. Die amerikanische politische und militärische Präsenz in Europa ist aus ungarischer Sicht erwünscht, und die NATO ist dafür der beste Rahmen. Die Existenz der NATO ist für Ungarn so wichtig, dass es alles unterlassen will, was diese gefährden könnte. Ungarn gebe indessen das langfristige Ziel, NATO-Mitglied zu werden, nicht auf. Dies sei aber ein langer Prozess.

Der *Nordatlantik-Kooperationsrat* (NACC) sei ein sehr geeigneter Rahmen für die Anpassung und Reform Ungarns. Ungarn sehe keinen Gegensatz zwischen der Mitgliedschaft in der EG und in der NATO. Vielmehr sei dies kompatibel und sich gegenseitig unterstützend. Die WEU solle die Rolle einer Brücke übernehmen. Der NACC könne, obwohl er allen Mitgliedern etwas gebe, auch als Rahmen für spezielle bilaterale Zusammenarbeit verwendet werden. Ungarn sei z.B. dabei, die zivile und militärische Flugüberwachung und -sicherung (Air Traffic Control) mit einigen NATO-Mitgliedstaaten zu koordinieren.

Zurzeit ist der ungarische Botschafter in Belgien gleichzeitig auch der Botschafter bei der NATO. Es sei denkbar, dass ein zweiter Botschafter für die EG, WEU und NATO akkreditiert werde, und der erste dann nur noch für die bilateralen Beziehungen zu Belgien

zuständige wäre. Brodi schloss seine Ausführungen mit der Hoffnung, dass Ungarn vielleicht bis Ende des Jahrhunderts die volle Integration erreicht haben werde.

Andras Nagy (ungarisches Aussenministerium) erklärte, Rumänien dränge darauf, dass der NACC das Embargo gegen Serbien auf der Donau durchsetzen soll. Ungarn sei dagegen, dass der NACC dies übernehme; es wünsche vielmehr, dass die NATO oder die WEU diese Mission übernehme. Ungarn sei dafür, den NACC auf Konsultation und Information zu beschränken. Informellen Kontakte mit der NATO gäben Ungarn eine bessere Position als vielen anderen NACC-Mitgliedstaaten.

Oberst *Laszlo Botz* (ungarisches Verteidigungsministerium) betonte, es sei für Ungarn wichtig, mit der NATO reden zu können. Ungarn müsse lernen, mit der NATO und dem Westen zu kommunizieren. Dies sei für die Militärreform wichtig. Die ungarischen Streitkräfte müssten - auch in technischer Hinsicht - reformiert werden, um die Grundlage für eine NATO-Mitgliedschaft zu schaffen. Das Verteidigungsministerium werde zurzeit durch den ungarischen Verteidigungsattaché in Brüssel bei der NATO vertreten; dies sollte in Zukunft ein hochrangiger Vertreter sein.

Oberst *Laszlo Hajdú* (ungarisches Verteidigungsministerium) stellte die Frage in den Raum, was die langfristigen Perspektiven seien. Die NATO wolle zurzeit keine Erweiterung, und die ungarischen Streitkräfte waren für eine NATO-Mitgliedschaft nicht bereit. Wenn in die Modernisierung der Streitkräfte investiert werde, könnten diese nach dem Jahr 2000 dazu bereit sein. Hajdú kam auf die 1989 angekündigten Streitkräftereduktionen zu sprechen: Aus 24 Regimentern (combined arms regiments) seien 19 Brigaden geschaffen worden. Die Anzahl der Formationen der Landstreitkräfte in Friedenszeiten sei von 143 auf 103 verringert worden. Die Reduktionen von 1989 hätten 9% der Personalbestände, 251 Panzer, 250 Artilleriegeschütze sowie 1 Geschwader Mig-21 umfasst. Im Dezember 1989 sei das Verteidigungsministerium vom Kommando der Streitkräfte losgelöst worden. 1990 sei die Zahl der mechanisierten Brigaden auf 9 reduziert worden, und jene der Panzerbrigaden von 5 auf 3. Es gebe 3 Korps-Hauptquartiere. Die frühere westliche Ausrichtung sei durch eine Verteilung über das ganze Staatsgebiet abgebaut worden. Wenn man den Golfkrieg betrachte, bestehe kein Bedarf für FROG/SS-21. Diese seien denn auch bereits ausser Dienst gestellt worden. Von Juli bis Dezember 1991 seien die früheren Feldarmee Korps zu Kommandi von Militärbezirken gemacht worden. Es sei auch ein Militärkommando Budapest geschaffen worden. (Insgesamt gibt es also 4 Militärbezirke in Ungarn.) Ein 3-Stern-General führe das Hauptquartier der ungarischen Streitkräfte. Die Armee habe derzeit eine Stärke von 100'000; darin inbegriffen seien aber auch etwa 24'000 Zivilisten. (Ungarn kann laut CFE-1a-Abkommen Streitkräfte von 100'000 unterhalten; die Zivilisten würden dabei allerdings nicht mitgerechnet, so dass Ungarn jetzt in Wirklichkeit unter der CFE-1a-Limite liegt.) Die CFE-1a-Limiten (Truppenbestände) seien im Gegensatz zu den CFE-Limiten (Waffensysteme) nur politisch, nicht aber völkerrechtlich bindend. Bei den im CFE-Abkommen erfassten Waffensystemen liegen die ungarischen Streitkräfte bei den Limiten, mit Ausnahme der Kampfflugzeuge und Helikopter, wo Ungarn derzeit die Limiten nicht ausschöpft.

Tibor Köszegvari (Direktor des Forschungsinstituts des ungarischen Verteidigungsministeriums) fügte hinzu, der NACC sei für Ungarn die einzige Quelle für militärische Information über die frühere Sowjetunion, und insbesondere über die Bestände an nuklearen Interkontinentalraketen und schweren Bombern in der Ukraine. Dies sei sehr nützlich. Ungarn habe für die FROG und SS-21 nie nukleare oder chemische Sprengköpfe gehabt. Chemische Waffen seien von der Sowjetunion gerade jenseits der Grenze in der Ukraine stationiert gewesen, um im Bedarfsfall mit Helikoptern binnen Stunden eingeflogen zu werden.

Anliegen Ungarns

Oberst Laszlo Botz unterbreitete folgende konkreten Anliegen und Vorschläge:

- Nach der neuen ungarischen Verteidigungspolitik sind bilaterale Kontakte wichtig und machen einen Teil der informellen de-facto-Sicherheitsgarantien aus. Ungarn ist an ungarisch-schweizerischen Treffen hoher Beamter interessiert. Diese Kontakte laufen bereits sehr gut.
- 1991 waren einige Ungarn in der Schweiz, um das schweizerische Militärsystem zu studieren. Zurzeit ist ein Bataillonskommandant zum gleichen Zweck in der Schweiz, und von September 1992 an werden 12 Offiziere in der Schweiz sein. Diese Beiträge sind für Ungarn sehr nützlich.
- Im September 1991 waren zwei ungarische Piloten in der Schweiz. Es wäre sehr nützlich, wenn in Zukunft mehr ungarische Piloten in die Schweiz kommen könnten, um sich mit dem Schweizer Material vertraut zu machen.
- Es ist sehr nützlich, wenn sicherheitspolitische Spezialisten zusammentreffen können. Das Ausbildungsprogramm für sicherheitspolitische Experten (SIPOLEX) ist für Ungarn eine sehr willkommene Gelegenheit.
- Im Mai oder Juni 1992 waren zwei ungarische Delegationen in der Schweiz, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei der Umstellung der ungarischen Militärindustrie abzuklären. Die ganze technische Ausrüstung der ungarischen Streitkräfte muss erneuert werden.
- Ungarn wäre daran interessiert, in Zukunft auch ungarische Offiziere bis hinunter zum Rang eines Einheitskommandanten zur Erfahrungssammlung in die Schweiz senden zu können.
- Ungarn wäre am Abschluss eines formellen Abkommens über Zusammenarbeit in der militärischen Ausbildung interessiert. Es wäre nützlich, jene zusammenzubringen, die direkt Einheiten ausbilden.
- Ungarn wäre an Sprachausbildung interessiert, obwohl Zweifel geäußert wurden, ob die Schweiz dafür am besten geeignet sei (schweizerdeutsche Mundart, vielleicht eher für Französisch und Italienisch).
- Ungarn wäre an Zusammenarbeit beim Aufbau eines Flugkontroll- und Flugsicherungssystems interessiert. Ungarn ist im Begriff, sein System zu erneuern, und es möchte ein System einführen, das mit den westlichen Systemen integriert werden kann. Ungarn wäre zunächst an einem Austausch von Meinungen und Erfahrungen interessiert.
- Man sollte Wege finden, die Konsultation ad hoc zu intensivieren. Ungarn ist bereit, die nächste quadrilaterale Konferenz in Budapest zu organisieren.
- Ungarn ist an Zusammenarbeit beim Umweltschutz interessiert. Die früheren sowjetischen Stützpunkte in Ungarn sind in dieser Hinsicht ein grosses und schwieriges Problem. Ungarn ist an schweizerischer Beratung interessiert, wie dieses Problem angegangen werden sollte.
- Ungarn ist an gegenseitigen Beratungen darüber interessiert, wie man auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen, z.B. Migration, reagieren soll.
- Ungarn ist an den schweizerischen Erfahrungen beim Aufbau von Kontingenten für Missionen der Vereinten Nationen interessiert.
- Ungarn sucht Partner für die Sanierung der Militärindustrie. Es ist offen für Joint Ventures und für ausländische Investitionen (bis zu 100%). Insbesondere ist Ungarn sehr an Know-how und Installationen für die Vernichtung alter Munition interessiert.

Andras Nagy (Aussenministerium; ungarischer Teilnehmer im Kurs 1991/92 des Ausbildungsprogrammes des EMD für angehende sicherheitspolitische Experten in Genf)

erklärte, der ungarische Aussenminister Geza Jeszenski sei sehr interessiert, in Genf als Gastredner aufzutreten.

Quadrilateraler Teil der Konferenz

Erste Sitzung

Gabor Bródi (ungarisches Aussenministerium) erklärte, in Europa seien gegenwärtig zwei Prozesse zu beobachten: einerseits Integration, andererseits horizontale (Mitteleuropa) und vertikale (GUS) Desintegration. Der Unterschied zwischen Mittel- und Osteuropa liege darin, dass in Mitteleuropa eine Marktwirtschaft und Demokratie existiere. Europa solle frei und vereint sein. Es stelle sich aber die Frage, ob Mittel- und Osteuropas als ganzes integriert werden könne. Wenn nicht, was werde dann sein? Die verschiedenen Staaten müssten die gleiche Perspektive haben. Und wenn die Bedingungen erfüllt würden, müsse ihnen der Beitritt gewährt werden. Wenn dies nicht der Fall sei, könne es zu jugoslawischen Verhältnissen führen.

Die NATO habe sich fähig erwiesen, sich der neuen Lage in Europa anzupassen, mit neuen politischen und militärischen Doktrinen und der Bereitschaft, die politischen Aspekte der Organisation zu verstärken und sich bei der Krisenverhütung zu engagieren. Die NATO habe geholfen, dass das CFE-Abkommen ratifiziert werde. Der NACC habe auch dabei geholfen, sicherzustellen, dass die ehemaligen sowjetischen Nuklearwaffen unter Kontrolle seien.

Die Strukturen der EG werden die Form Europas bestimmen. Ungarn heisst die Perspektive einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik, und später einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, willkommen. Die Ablehnung des Referendums in Dänemark und die Ungewissheit über den Ausgang des Referendums in Frankreich deuteten jedoch an, dass dieser Prozess Zeit beanspruchen werde. Die genaue Rolle der WEU sei bislang nicht ganz klar geworden.

Das KSZE-Gipfeltreffen von Helsinki hat laut Bródi auf die drängenden Fragen (Friedenserhaltung, Schaffung eines Kommissärs für nationale Minderheiten) gültige Antworten gegeben. Die KSZE habe erkannt, dass man die Ursachen und nicht bloss die Folgen von Konflikten angehen müsse.

Jugoslawien sei die grösste Herausforderung an Europa. Dies setze vielleicht die europäische Sicherheitsstruktur (EG, KSZE) zu früh einer zu hohen Belastung aus. Die Konferenz in London habe das positive Ergebnis gezeitigt, dass alle Institutionen (UNO, KSZE, EG) ihre Anstrengungen vereinten. Ungarn begrüesse die Präsenz von EG-Beobachtern in der Vojvodina, in Kosovo und im Sanjak. Was die Flüchtlinge betreffe, sei eine übergreifende europäische Lösung notwendig. Man müsse allen nationalen Minderheiten in Europa gewisse Rechte geben. Ungarn habe sein Möglichstes getan, um Flüchtlinge aus Kroatien aufzunehmen. Aber es stelle sich nun die Frage, ob man das Risiko akzeptieren wolle, mit der Aufnahme von Flüchtlingen eine Politik des "ethnic cleansing" zu unterstützen.

Westliche Unterstützung für die mittel- und osteuropäischen Staaten sei nötig. Keiner dieser Staaten könne es allein schaffen. Man sollte jene Staaten, in denen noch eine relative Stabilität besteht, unterstützen.

Prof. Antoni Z. Kaminski (Direktor des Polnischen Instituts für Internationale Beziehungen) begann seine Ausführungen damit, dass Polen vor allem von der Ost-West-Dimension europäischer Sicherheit betroffen sei. Seit dem 18. Jahrhundert seien viele Armeen von Ost nach West oder von West nach Ost durch Polen durchgezogen. Die gegenwärtige Lage unterscheide sich von allen früheren Perioden dadurch, dass Polen nunmehr keine direkte Grenze mit Russland habe. In den baltischen Staaten dürften ein Teil der Probleme mit den russischen Minderheiten gelöst werden. In Polen neige man

dazu, Westeuropa als stabilen Grund zu betrachten. Vielleicht sei es nicht gar so stabil, wie man es wünschen würde, aber verglichen mit Polen sei es nichtsdestoweniger stabil. Die drei Staaten Mitteleuropas seien der äussere Rand dieser Zone der Stabilität. Die Lage in Russland gebe zu Besorgnis Anlass. Wenn die Machtverhältnisse in Russland wechseln würden, könnten militärische Konflikte die Folge sein. Im Westen habe sich die Natur Deutschlands durch die Vereinigung geändert. Es sei durch wirtschaftliche Probleme schwer belastet. Er, Kaminski, halte aber Deutschland für das einzige Land, welches Europa eine übergreifende (globale) Führung geben könne. Man erwarte, dass Deutschland diese Aufgabe übernehmen werde und die Initiative ergreife. Die USA sollten weiterhin in Europa präsent bleiben. Ein anderes Problem ist die Spaltung der CSFR. Er hoffe, dass einige Probleme vermieden werden könnten und dass die Kooperation zwischen der CSFR, Polen und Ungarn zu viert weitergeführt werden könne. Polen würde es auch vorziehen, wenn die Streitkräfte der CSFR zusammenbleiben würden.

Laut *Prof. Jiri Valenta* (Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen in Prag) ist die neue Weltordnung im Begriff, geschaffen zu werden. Wir leben in einer gefährlichen Zeit. Probleme bestehen nicht nur im Osten. Unter den negativen Trends seien ethnische Konflikte, Migration und Drogen zu nennen. Die Gründung der nordamerikanischen Freihandelsassoziation (Nafta) deute auf der anderen Seite einen positiven Trend an. Prag liege im übrigen westlicher als z.B. Wien. In Mitteleuropa sei die direkte Gefahr einer militärischen Intervention vorbei. Die Situation in Kaliningrad und am Dnjestr stelle keine direkte Bedrohung dar. Gewalt gebe es auch im Westen, in Nordirland und in Spanien. Und flämische Politiker in Belgien hätten begonnen, die friedliche Auflösung der CSFR als Modell für Belgien zu betrachten. Auch zwischen England und Schottland sowie Kanada und Quebec sei eine friedliche Trennung nicht auszuschliessen. Es sei nicht so, dass eine Balkanisierung im Osten einer Stabilität im Westen gegenüberstehe. Die Unruhen in Deutschland, durch den Flüchtlingsstrom angeheizt, erinnerten an die 20er Jahre. Wenn der Westen (inkl. Mitteleuropa und die baltischen Staaten) nichts tue, werde die Dritte Welt nach Europa kommen. Mitteleuropa sei im Begriff, zu einem Durchgangsland für Drogen zu werden. Nach dem kolumbianischen Modell könnten sich dabei Drogenmilieu und Mafia verbinden. Die Mafia kämpfe bereits in den Strassen in Polen, sei in der CSFR zum Vorschein gekommen und sei auch in Russland aktiv. Die Antwort auf dieses Probleme könne nicht im Geist des Kalten Krieges gefunden werden. Kleine Staaten wie die Schweiz, die CSFR, Ungarn, Polen oder Belgien sollten (in dieser Angelegenheit) eine Führungsrolle übernehmen.

Diskussion

Andras Nagy (ungarisches Aussenministerium): Wie unterteilt die Schweiz das Gebiet Mittel- und Osteuropas?

Ducrey: Wir machen oft die Unterscheidung in vier Gebiete:

- a) Die CSFR, Ungarn, Polen und Slowenien;
- b) das südliche Mittel- und Osteuropa: Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Bulgarien, Rumänien;
- c) die Ukraine, Weissrussland, die baltischen Staaten und Russland;
- d) die zentralasiatischen ehemaligen Republiken der UdSSR.

Generalmajor Jiri Divis (CSFR): Wir werden für lange Zeit in einer Periode der Instabilität leben. Wir müssen eine Strategie entwickeln, mit dieser Instabilität zu leben, da sie lange Zeit mit uns sein wird. Was meinte [Botschafter Ducrey] mit dem Ausdruck "Pufferzone"?

Ducrey: Mitteleuropa könnte zu einer Art Pufferzone werden, wenn sich die Lage in Russland verschlimmern sollte. Sie brauchen uns, und wir brauchen Sie.

Prof. Jiri Valenta (CSFR): In Mitteleuropa bestehen riesige bürokratische Strukturen, die wirtschaftliche Veränderung und Entwicklung behindern. Weiter haben wir Probleme mit nationalen Minderheiten. Das Problem der CSFR ist in Wirklichkeit ein ungarisch-slowakisches Problem. Deutschland ist nicht bereit, eine Schlüsselrolle zu spielen. Die Vorstellung eines "Puffers" ist nicht jene, die wir von unserem Land haben.

Prof. Antoni Z. Kaminski (Polen): Russland hat in den letzten zwei Jahren die Spielregeln eingehalten (Golf, Jugoslawien). Aber die Frage wird in Russland immer mehr gestellt, ob man nicht die serbischen "Brüder" verraten habe. Wenn diese Tendenz dominant werden sollte, werden wir eine ganz andere Lage und viel mehr Probleme haben.

Prof. Jiri Valenta (CSFR): Man kann nicht darauf bauen, dass die Veränderungen in Russland dauerhaft sind. Aber eine wichtige Veränderung hat stattgefunden. (Die KPdSU sitzt auf der Anklagebank.) Die ethnischen Probleme sind die schwierigsten; Russland kann auch nicht akzeptieren, dass Russen in anderen Staaten (Baltikum) benachteiligt werden.

Zweite Sitzung

Laut *Generalmajor Jiri Divis (CSFR)* nehmen wir alle zurzeit zu wenig wahr, dass der Kalte Krieg vorbei ist und dass Nuklearwaffen das Potential haben, die ganze Menschheit zu vernichten. Eine komplette Umgestaltung des militärischen Denkens sei nötig. Wir in Europa lägen in dieser Hinsicht etwas zurück; militärische Macht werde immer noch als ein Instrument gesehen. Er unterstütze aber jene, die denken, dass die militärischen Hauptaufgaben heute Friedenserhaltung und - unter gewissen Bedingungen - Friedensschaffung seien. Die Verringerungen der Streitkräfte seien zu begrüßen, aber kleinere moderne Armeen könnten genau soviel Schaden anrichten, wenn sie eingesetzt würden. Die CSFR unterstütze die Bemühungen, den Krieg in Jugoslawien einzudämmen. Darum werde die CSFR auch alles unternehmen, um zu verhindern, dass ihre Streitkräfte bei der Auflösung des Landes eingesetzt würden. In Russland bestünden auch grosse Risiken; dass bewaffnete Konflikte ausbrechen könnten, aber mittlerweile hätten selbst frühere Marschälle der Sowjetunion dies begriffen und die Lehren aus den Konflikten in Jugoslawien, Nagorni-Karabakh und der Dnjestr-Region gezogen.

Die CSFR sei für eine volle Implementierung des CFE-Abkommens. Der Beginn sei sehr gut gegangen. Inspektorenteams seien bereits vor Ort gewesen, und dies sei ohne Probleme vor sich gegangen. Die ersten 120 Tage der CFE-Implementierung zeigten, dass alle Parteien zu diesem Abkommen es in guten Treuen verwirklichen wollen. Noch wichtiger sei aber, dass Militärpersonen einander besser verstünden und mehr Vertrauen zueinander aufbauten. Wenn er, Divis, dem Ministerpräsidenten berichten könne, dass das CFE-Abkommen korrekt verwirklicht werde, sei dies übrigens in sich selbst bereits vertrauensbildend.

Die neue Aufgabe des Militärs sei es, sich auf Krisenmanagement vorzubereiten. Die traditionellen Aufgaben (Verteidigung der Souveränität des Landes) bestünden weiter, hätten aber relativ an Bedeutung verloren. Die CSFR habe vor dem CFE-Abkommen 5'000 Panzer gehabt, mehr als Hitler zu Beginn des Zweiten Weltkrieges.

Oberst Waldemar Czarnecki (polnisches Verteidigungsministerium) sagte, die äusseren Bedrohungen der Staaten hätten abgenommen, dies gewährleiste aber nicht die Stabilität. Die NATO und andere westliche Institutionen seien unabdingbar notwendig beim Aufbau eines stabileren und sichereren Europas. Die NATO und ein künftiges Europäisches Sicherheitssystem seien komplementär, kein Gegensatz. Es sei von vorrangiger Bedeutung, dass die USA und Kanada ihre militärische Präsenz in Europa aufrechterhalten. Aus polnischer Sicht sei der Zusammenbruch der früheren Sowjetunion eine positive Entwick-

lung. Es sei besser, einer Anzahl kleinerer Staaten als einem einzigen riesigen Staat gegenüberzustehen. Russland und die Ukraine blieben grosse Militärmächte, die für Polen von Belang seien. Wenn Polen der NATO beitreten könnte, könne das Kapitel der Sicherheitsprobleme mit Deutschland dauerhaft geschlossen werden.

Oberstleutnant Bogdan Sviellicki (polnisches Verteidigungsministerium) ergänzte, die polnische Westgrenze sei nun klar. Die NATO sei dabei engagiert. Der Abzug der russischen Truppen aus Deutschland - der für Polen wegen des Transits von Bedeutung ist - sei aber noch nicht abgeschlossen. Polen erwarte den vollständigen Abzug russischer Truppen von seinem Territorium bis Ende 1992. Im Gebiet von Kaliningrad bestehe derzeit keine Krise, man sollte aber Probleme möglichst in einem frühen Stadium zu lösen versuchen.

Oberst Laszlo Botz (ungarisches Verteidigungsministerium) legte die Auswirkungen der Veränderungen auf die ungarische Militärpolitik dar. Ungarn habe jetzt mehr Nachbarstaaten als früher und manche von ihnen gebärdeten sich eher feindlich. Die politische Kontrolle über die Streitkräfte sei nicht im ganzen Land sichergestellt. Die Einwanderung habe die Aufnahmegrenzen des Landes erreicht. Die westliche Zustimmung dazu, dass Deutschland frühere Waffenbestände der NVA verkaufen dürfe, werde von Ungarn als Anwendung doppelter Massstäbe empfunden. Die europäische Sicherheitsarchitektur werde auf koordinierter Zusammenarbeit unter den bestehenden Institutionen gründen. Man müsse zu verhindern versuchen, dass Minderheitenfragen und Grenzfragen miteinander verbunden würden. Die Desintegration in den Ländern um Ungarn werde noch nicht durch die Entwicklung von Marktwirtschaft und Demokratie in Ungarn kompensiert. Mit dem früheren Jugoslawien habe Ungarn eine 631 km lange gemeinsame Grenze. Der Krieg in Jugoslawien könnte nach Albanien, Griechenland und Bulgarien eskalieren. Die Idee eines internationalen Militäreinsatzes werde nicht von allen unterstützt. Wenn man mit Luftwaffeneinsätzen beginnen würde, könnte dies zu einem europäischen Vietnam führen. Bislang haben serbische Flugzeuge 28mal den ungarischen Luftraum verletzt. Eine politische Kontrolle über die JVA besteht nicht. Es ist nicht auszuschliessen, dass ungarisches Gebiet angegriffen oder als Durchgangsgebiet benützt werden könnte.

Diskussion

Valenta (CSFR): Wir sollten offen sein. Wie sehen die schweizerischen Teilnehmer die Rolle der mitteleuropäischen Länder. Inwieweit, und in welcher Weise, wird Mitteleuropa als "Pufferzone" betrachtet? Eine andere Frage: Wie steht es mit den Spannungen zwischen der Slowakei und Ungarn?

Ducrey: Der Begriff "Pufferzone" war nicht so gemeint, dass die mitteleuropäischen Staaten in irgendeiner Weise ausgeschlossen werden sollten.

Valenta (CSFR): Es besteht kein Anlass, apologetisch zu sein. In der Tschechischen Republik betrachten manche die Slowakei als Puffer.

Bródi (Ungarn): Ungarn ist dafür, an einem Tisch zu sitzen und alle Probleme zu lösen, indem alle nationalen Minderheiten in allen Staaten die gleichen Rechte haben sollen.

Valenta (CSFR): Es gibt auch in der Tschechischen Republik Verrückte. Wäre es hilfreich, ausländische Beobachter (z.B. Polen) in der Slowakei einzusetzen, um die Lage zu überwachen?

Bródi (Ungarn): Der slowakische Ministerpräsident Meciar hat die Legitimation Ungarns, für die ungarische Minderheit in der Slowakei zu sprechen, in Zweifel gezogen. Wir würden es begrüßen, wenn der konstruktive Geist, der in der Frage der Auflösung der CSFR zu herrschen scheint, auch in der Minderheitenfrage angewandt würde.

Winkler: Wie werden die Fähigkeiten der drei Visegrad-Länder zum Krisenmanagement beurteilt?

Kaminski (Polen): Die Spaltung zwischen der Tschechischen und der Slowakischen Republik ist ein atypischer Fall. Für die Slowakei ergeben sich daraus mehr Probleme als Lösungen, für die Tschechische Republik mehr Lösungen als Probleme (z.B. Verbesserung der Aussichten auf Wirtschaftswachstum). Die Slowakische Republik wird ein kleines isoliertes Land sein, mit einer ungarischen und einer Zigeunerminderheit. Die Slowaken haben grosse Hoffnungen, aber wenig Grund dazu.

Bródi (Ungarn): Ungarn ist bereit, sich an einen Tisch zu setzen und Lösungen zu finden.

Winkler: Ist jemand in der CSFR-Delegation von der Slowakei?

Majercin (CSFR): Es besteht bislang keine Einigung in der KSZE, was der Begriff "nationale Minderheit" genau bedeutet. Das KSZE-Hochkommissariat für nationale Minderheiten könnte eingeschaltet werden. Die KSZE sollte der Hauptrahmen für die Behandlung dieser Frage sein.

Winkler: Inwieweit würde eine Unfähigkeit der KSZE, dieses Problem zu lösen, und die Auflösung der CSFR eine Signalwirkung haben?

Valenta (CSFR): Präventive Diplomatie ist von vorrangiger Wichtigkeit, nicht nur in der CSFR, sondern auch im Zusammenhang mit der ungarischen Minderheit in Rumänien. Die Spaltung der CSFR ist aus militärischer Sicht eine Tragödie. Auch andere Staaten könnten sich friedlich spalten. Wichtig ist, dass Flüchtlingsströme verhindert werden. Man muss früh agieren. In Jugoslawien hätte zu einem frühen Zeitpunkt eine kleine Intervention genügt.

Dritte Sitzung

Robert Smolen (polnisches Aussenministerium) betrachtet den Begriff einer europäischen Sicherheitsarchitektur als Klischee. Es müsse darum gehen, einen Verbund sich gegenseitig unterstützender Institutionen gegen internationale und interne Bedrohungen und Konflikte aufzubauen. Es sollte möglich sein, die Positionen auch gegenüber Ereignissen ausserhalb Europas zu koordinieren, aber die erste Priorität sollte den Beziehungen in Europa gelten. Zurzeit seien die Aufgaben noch nicht klar zugeordnet; man müsse eher realistisch als kreativ sein.

Die KSZE sei zu einer Institution geworden, die sich vor allem mit regionalen Konflikten innerhalb Europas beschäftige. Trotz ihren Mängeln hat sie aber Potential. Die Visegrad-Länder und die Schweiz (sowie Kanada, Österreich und die skandinavischen Länder) könnten Mitglieder einer Staatengruppe werden, die bei Konflikten aktiv würde. Die KSZE definiert sich selber als eine regionale Organisation gemäss Artikel 8 der UNO-Charta. Die Entscheidungen könnten in der KSZE getroffen werden; die NATO und die WEU würden für deren Umsetzung gebraucht.

Die EG hat die Rolle eines europäischen Integrators in den Bereichen der Wirtschaft, der Politik und der Sicherheit. Wahrscheinlich werden nicht alle KSZE-Mitgliedstaaten auch EG-Mitglieder werden. Polen ist mit dem Assoziationsabkommen zufrieden.

Die NATO und die WEU sollten mit den anderen Institutionen stärker integriert werden, ihre Aufgabe aber behalten, die Sicherheit ihrer Mitglieder zu garantieren. Polen hat sein Interesse deutlich gemacht, durch die NATO und die WEU geschützt zu werden und Mitglied in diesen Organisationen zu werden. Die NATO hat zurzeit drei wichtige Rollen: Sie hat als einzige Institution in Europa ein integriertes militärisches System, sie stellt die transatlantische Bindung sicher und sie verhindert die Re-Nationalisierung der Sicherheitsprobleme. Der NACC sollte, aus polnischer Sicht, nicht auf Konsultation beschränkt bleiben, sondern auch konkreten Aktionen dienen. Das jugoslawische Problem wurde

bislang im NACC nicht diskutiert. Die WEU ist zu einem Teil der Europäischen Union geworden. Polen ist an einer parallelen Entwicklung seiner Beziehungen zur EG und zur WEU interessiert. Es sucht einen Assoziationsstatus mit der WEU.

Die europäische Sicherheitsarchitektur muss auch Menschenrechte und wirtschaftliche Aspekte einbeziehen. Hier gibt es auch eine Rolle für den Europarat. In Zukunft sollte eine europäische Sicherheitsarchitektur sich zu einem System der kollektiven Sicherheit entwickeln. Die europäischen Institutionen genügen allein nicht. Regionale oder bilaterale Beziehungen und Vereinbarungen (z.B. Polen mit seinen Nachbarn, die Vizegrad-Gruppe, der Baltische Rat) können beitragen. Die europäische Sicherheitsstrukturen sollten in ein System der kollektiven Sicherheit ausmünden, wobei die einzelnen Institutionen trotzdem ihre spezifischen Identitäten behalten könnten. Letztliches Ziel ist der Abschluss eines Vertrags über Sicherheit in Europa.

Laut *Ivan Majercín* (Aussenministerium der CSFR) bietet die KSZE die besten Bedingungen für einen Dialog über dringende politische Anliegen. Sie sollte mit den anderen Institutionen stabile Verbindungen herstellen. Sie sollte fähig werden, schnell zu handeln. Es sei wesentlich, dass die Details definiert werden, bevor ein Konsens über eine europäische Sicherheitsarchitektur gefunden werde. Die EG könne der Kern der europäischen Integration sein. Sie könne auch zeigen, dass diese Integration bessere Bedingungen für die nationalen Identitäten schafft. Die NATO und die WEU werden als Quelle für Expertise und die militärischen Mittel für die Friedenssicherung betrachtet. Der Europarat könne die KSZE im Bereich der Kultur unterstützen und auch dazu beitragen, dass Europa mit gleichen rechtlichen Standards aufgebaut werde. Zurzeit bestehe ein Mangel an Koordination bezüglich des Engagements in Jugoslawien. Am vergangenen Freitag hätten aber die UNO, die NATO und die WEU gemeinsam in einer Arbeitsgruppe zu Jugoslawien teilgenommen. Fortschritt zeige sich auch darin, dass die CSFR in Prag Ende September ein Treffen über die "interlocking institutions" organisieren werde (mit Vertretern von NATO, WEU, EG, etc.).

Andras Nagy (ungarisches Aussenministerium) erklärte, es sei allgemein anerkannt, dass die neuen Herausforderungen bedeuten, dass keine einzige Institution fähig sei, allein mit ihnen fertig zu werden. Die verschiedenen Institutionen, die heute miteinander "weich" kooperierten, müssten alle Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur werden. Diese müsse aber auch regionale und bilaterale Vereinbarungen einschliessen.

Die KSZE könne zu einer stärker operationell ausgerichteten Institution geworden, obwohl ihre diesbezügliche Fähigkeit noch beschränkt sei. Für die NATO stelle sich die Frage, wie sie die Sicherheit der Staaten Mittel- und Osteuropas erhöhen könnte, ohne formelle Verpflichtungen einzugehen. In dieser Lage sei der NACC geschaffen worden, der ein wichtiges Gremium für Konsultation, Koordination und Austausch von Informationen sei, aber nicht operationell aktiv werden sollte. Die europäische Sicherheitsarchitektur müsse sehr differenziert sein, und die beteiligten Institutionen müssten komplementär sein. Zurzeit seien die Sicherheitsgarantien in Westeuropa verlässlicher als in Osteuropa. Die EG werde als der Motor der europäischen Integration in einem extensiven Sinn angesehen.

Diskussion

Generalmajor Jiri Divis (CSFR) fragte, ob es möglich sein werde, eine europäische Sicherheitsstruktur auf der Grundlage der Interessen der Staaten zu errichten. Jedermann spreche von Krisenmanagement und Durchsetzung von Frieden (peace enforcement), aber die Tage vergingen ohne konkrete Aktion. Man müsse sich fragen, ob die Ziele erreichbar seien.

Rösli stellte die Frage, ob jene Instrumente, die vorhanden sind, auch wirklich genutzt werden. Sogar das Vorgehen im Golf war genau besehen keine eigentliche UNO-Aktion nach Kapitel 7 der UNO-Charta.

Catrina bemerkte, die Konzeptionen über eine europäische Sicherheitsarchitektur seien wichtig, am Schluss stelle sich aber die Frage, wer (welche Staaten, welche Institution) auch wirklich etwas unternehme, wenn es Risiken enthalte.

Vierte Sitzung

Oberst Waldemar Czarnecki (polnisches Verteidigungsministerium) erklärte, nach dem Kollaps der Sowjetunion sei die NATO der alleinige Wächter des Friedens in Europa. Die grösste Herausforderung sei die Lage im ehemaligen Jugoslawien. Was bedeutet der Ausdruck "early warning" wirklich im Zusammenhang mit dem KSZE-Konfliktverhütungszentrum? Polen wird Vorschläge zur Vertrauensbildung in der Ostsee unterbreiten.

Prof. Tibor Köszegvari (Ungarn) betonte die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, die Zerstörung der Umwelt und die Ungewissheit der Energiezufuhren. Flüchtlingsströme werden im 21. Jahrhundert eines der Hauptprobleme für Mitteleuropa sein. Es gebe Prognosen, wonach deren Zahl auf bis zu 40 Millionen ansteigen könnte. Die Flüchtlinge aus Vukovar, Osijek und Vinkovci nahmen zunächst an, es gehe nur darum, einige Tage und Nächte in Ungarn zu verbringen, darum liesse sie ihre Habseligkeiten zurück. Ungarn hat bislang rund 1.7 Mia. Forint für die Flüchtlinge ausgegeben. Es wäre nützlich wenn die Schweiz ein Projekt in Auftrag geben würde, um dieses Problem zu untersuchen.

Prof. Jiri Valenta (CSFR) bezeichnete die fünf Prioritäten aus Sicht der nationalen Interessen der CSFR:

1. Deutschland: Hier geht es um die Aussöhnung und Zusammenarbeit, insbesondere mit Bayern. Dies sollte analog der Erfahrungen zwischen Deutschland und Frankreich und dem Verhältnis zwischen Österreich und Italien im Südtirol geschehen.
2. Der Osten: Der Osten kommt näher. Es ist wichtig, eine enge und gute Beziehung zu gestalten, um den negativen Trend aufzuhalten. Die Erdölversorgung der CSFR führt von Russland durch die Ukraine.
3. Die Beziehungen mit den anderen Nachbarn: Polen wird für die Tschechische Republik ein wichtiger Nachbar bleiben, Ungarn weniger, weil keine gemeinsame Grenze bestehen wird. Polen könnte, wenn es als Vermittler willkommen wäre, im ungarisch-slowakischen Disput um Minderheiten und Demokratie hilfreich sein.
4. Russland und die Ukraine: Von hier kommen die meisten Energielieferungen an die CSFR.
5. Die Mafia und Drogen.

Die CSFR (bzw. die Tschechische und die Slowakische Republik) würden noch in diesem Jahrzehnt gemeinsam mit den anderen mitteleuropäischen Staaten gerne Mitglied der NATO werden.

Die westlichen Nachrichtendienste haben laut Valenta verschiedene Fehler begangen. So zeichneten sie von 1989 bis 1991 ein zu negatives Bild von Boris Jeltsin, und sie überschätzen die militärische Macht der UdSSR. Man müsse aus Fehlern im Zusammenhang mit Russland und Jugoslawien lernen. In der Wirtschaft sei es nicht damit getan, die Probleme mit Geld angehen zu wollen. Es sei nötig, die Wirtschaft und die Politik besser zu koordinieren. Dies sei im Fall Russland besser als in Mitteleuropa gemacht worden (z.B. Kauf von Plutonium), weil Russland als sicherheitspolitisches Risiko angesehen worden sei. Ein neuer Marshal-Plan sei nötig. Die wirtschaftlichen und sozialen Krisen in den USA und in Deutschland müssten angegangen werden. Die USA müssten in Europa engagiert bleiben. Für den Fall, dass Deutschland totalitär würde, hätte die CSFR gar

keine Sicherheit, noch weniger als 1938. Valenta zeigte sich erstaunt über die Ruhe, mit der in Polen die Ereignisse in Deutschland (Unruhen in Rostock und anderen Städten) betrachtet werden.

Nach *Oberst Tadeusz Lesniowski* (polnisches Verteidigungsministerium) sollte man sich nicht auf 3-4 Staaten konzentrieren, sondern etwas Umfassenderes anstreben. In Polen sei man immer noch am gleichen Ort wie 1989. Man sollte klar die Bedrohung identifizieren und dann ein entsprechendes System aufzubauen versuchen. Es sei gut, unter diesen vier Staaten mit dem Gespräch zu beginnen, aber es sollte ausgeweitet werden. Es sei höchste Zeit, ein Sicherheitssystem entweder mit der NATO oder unter uns [d.h. der CSFR, Polen und Ungarn] aufzubauen zu beginnen.

Prof. Jiri Valenta (CSFR) bemerkte, dass Russland in ein solches System einbezogen werden müsse. Russland müsse langfristig zu einem strategischen Verbündeten des Westens werden, vielleicht gar zu einem Mitglied der NATO. Mitteleuropa sollte in irgendwelcher Weise oder Perspektive, auch Rumänien und Bulgarien einschliessen. Man sollte "Fahrpläne" und Richtlinien aufstellen. Die schweizerische Hilfe ist wertvoll. Dieses Land hat mir [Valenta] Aysl gewährt. Man kann davon, wie in der Schweiz die Probleme unter den Kantonen gelöst wurden, lernen.

Das ostdeutsche Phänomen ist laut *Prof. Antoni Z. Kaminski* (Polen) eher ein Erbe des Kommunismus als der Vorläufer eines neuen Nationalismus. Die Verbrechen, die von der russischen Mafia in Polen verübt werden sind zumeist gegen Russen gerichtet. In Russland hat sich die Mafia mit der politischen Struktur verbunden. Die russische Mafia kommt nach Westen; sie hat schon damit begonnen, in der Bundesrepublik Deutschland z.B. Häuser zu kaufen.

Winkler: Wie sind die polnisch-deutschen Beziehungen auf dem menschlichen Niveau?

Oberst Tadeusz Lesniowski (Polen): Es gibt gute und schlechte Erfahrungen. Es gibt auch die Idee, eine besondere, 50 km breite Zone auf beiden Seiten der Grenze einzurichten. Polen ist für gute Beziehungen, Deutschland kann Polen helfen.

Ivan Majercin (Aussenministerium der CSFR) sprach sich dafür aus, dass der KSZE-Kommissär für nationale Minderheiten sein Mandat via stille Diplomatie ausüben sollte.

Gabor Bródi (ungarisches Aussenministerium) wies darauf hin, dass die Kombination von Open Skies, Konfliktverhütungszentrum und CFE-Verifikation das gegenseitige Vertrauen erhöhen kann. Die europäische Sicherheitsarchitektur sollte so gestaltet werden, dass sie ein offenes System ist, das auch der Ukraine oder Serbien Platz bietet. Man sollte für die Mitgliedschaft aber klare Bedingungen aufstellen und nicht einen Staate nur deshalb aufnehmen, weil es sich sonst isoliert fühlen könnte. Jeder, der diesem "Klub" beitreten wolle, sollte gewisse Standards erfüllen.

Fünfte Sitzung

Robert Smolen (polnisches Aussenministerium) bemerkte, am Vortag sei es darum gegangen, die Frage "Was tun?" konzeptionell zu betrachten, nun gehe es um Konkretes.

- Die Zusammenarbeit zwischen Polen, der CSFR und Ungarn sollte verstärkt werden. Die Schweiz könnte durch Konsultationen und Kontakte wie anlässlich diese Konferenz daran beteiligt werden.
- Zur Bewältigung der bestehenden Krisen sollten nicht neue Instrumente geschaffen werden. Vielmehr sollten die bestehenden optimal genutzt werden, darunter gerade die KSZE.
- Man sollte vermeiden, dass die Benutzung der bestehenden Instrumente zur Konfliktverhütung und -regelung die zwischenstaatlichen Beziehungen beeinflusst.

- Die Position des Vorsitzenden des Rates der KSZE, die gegenwärtig von der CSFR gehalten wird, sollte verstärkt werden.
- Man sollte früh, oder gar präventiv, handeln. Die KSZE war bislang reaktiv. Man sollte die Lage in den baltischen Staaten und im Dnjestr-Gebiet aufmerksam verfolgen und etwas unternehmen, bevor Feindseligkeiten ausgebrochen sind.
- Die Staaten sollten sich für verschiedene Missionen zur Verfügung stellen. Der tschechoslowakische KSZE-Vorsitzende kann Aktionen initiieren und z.B. die Vise-grad-Länder und die Schweiz um Unterstützung bitten (z.B. Gute Dienste, Diplomaten, Finanzhilfe, Transportunterstützung).
- Man sollte die NATO und die WEU in friedenserhaltende Operationen und Konfliktbeilegung involvieren. Die hier vertretenen Staaten sind nicht Mitglieder dieser Organisationen, könnten aber ihren Einfluss geltend machen.
- Man sollte die KSZE modifizieren. Die Entschlussfassung sollte beschleunigt werden; dazu sollte die Position des Vorsitzenden verstärkt werden. Man sollte vielleicht auch ein "Board of Ambassadors" schaffen, um schnell handlungsfähig zu sein.
- Man sollte die Diskussion über Konfliktverhütung fortführen und einen "Code of conduct" ausarbeiten, der zu einem späteren Zeitpunkt zu einem eigentlichen Vertrag entwickelt werden könnte.
- Man sollte (in der KSZE) rechtliche Prozeduren für die friedliche Beilegung von Konflikten in Europa ausarbeiten.
- Man sollte eine möglichst enge Zusammenarbeit unter den verschiedenen Institutionen anstreben.

Jozef Braun (Aussenministerium der CSFR) sprach sich dafür aus, alles zu tun, um Missverständnisse, Hass, Nationalismus und Fremdenhass zu verringern oder auszuräumen. (Braun war Mitglied einer Mission nach Nagorni-Karabakh und schilderte seine Erfahrungen.) Gemeinsame internationale Radiosendungen, die professionell gemacht würden, könnten dazu beitragen. Dies könnte im Rahmen der KSZE oder der UNO gemacht werden. Es wäre billiger, als später Truppen entsenden zu müssen, und hätte sicher einen Einfluss.

Gabor Bródi (ungarisches Aussenministerium) stimmte den Vorschlägen Smolens bezüglich der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Ungarn, der CSFR und Polen und einer möglichen Rolle der Schweiz in diesem Zusammenhang zu. Kleine Staaten müssen sich besser organisieren. Bródi stimmte auch dem zu, was über die Aufgaben der KSZE gesagt wurde. Der Konflikt in Jugoslawien hat eine lange Geschichte; wir können nicht so tun, wie wenn bis jetzt nichts geschehen wäre. Jugoslawien sei ein Testfall für die "interlocking institutions". Die Vorschläge zum KSZE-Mechanismus entsprechen den Linien, die in ein kollektives Sicherheitssystem ausmünden. Die in einer europäischen Struktur für die NATO, die WEU und die EG vorgesehenen Rollen sind noch nicht realisiert, ganz zu schweigen von einer eigentlichen regionalen Organisation.

Andras Nagy (ungarisches Aussenministerium) fügte hinzu, man sollte nicht zögern, bilaterale oder trilaterale Vereinbarungen zu schliessen, wenn sie der Entwicklung von europäischen Regelungen zuträglich sind (z.B. CSBM, Rechte nationaler Minderheiten).

Die Sicherheit bei der Beteiligung an internationalen friedenserhaltenden Aktionen sollte laut *Ivan Majercin* (Aussenministerium der CSFR) erhöht werden. Die KSZE sollte die ineinander verschränkten Institutionen koordinieren. Die CSFR ist mit den lokalen Behörden in Kosovo, in der Vojvodina und im Sanjak in Kontakt gewesen. Die Beteiligung von Paul Widmer (EDA) und Brig Josef Schärli (EMD) bei der KSZE-Mission in Kosovo war ein positives Beispiel. Zur Position des Vorsitzenden in der KSZE hat Majercin nicht den Eindruck, dass die 52 Staaten einen starken Vorsitz wollen. Die Troika

sei gegenwärtig mit der CSFR, einem Mitglied der EG und einem nordischen Staat gut ausgewogen.

Die erste Priorität ist derzeit, wie *Generalmajor Jiri Divis* (CSFR) betonte, alle vorhandenen Mittel zu nutzen, um den Krieg in Jugoslawien zu beenden. Wenn diese Anstrengungen nicht erfolgreich sind, ist Divis im Fall Jugoslawiens für ein ähnliches Arrangement wie im Golf (Aktion einer Gruppe von Staaten). In zweiter Priorität müsse man versuchen, die Konfliktherde in der ehemaligen UdSSR zu befrieden. Man sollte aber alle Instrumente, die man hat, benützen; und man sollte sie noch wirkungsvoller machen. Generalmajor Divis unterstützte den ungarischen Vorschlag, die bilateralen Möglichkeiten besser zu nutzen.

Oberst Laszlo Botz (ungarisches Verteidigungsministerium) legte dar, dass die ungarischen Streitkräfte in den letzten anderthalb Jahren nicht weniger als 16 bilaterale Übereinkünfte abgeschlossen hätten, unter anderem mit der Ukraine und Rumänien. Nachbarstaaten sollen als vertrauensbildende Massnahme sich selber überzeugen können, dass Ungarn nichts Aggressives unternimmt. Man sollte die Offenheit und Transparenz optimieren. Ungarn brauche ausreichende Streitkräfte, um seine Sicherheit zu gewährleisten. Die Sicherheit Ungarns und seiner Nachbarstaaten solle aber nicht im Gegensatz stehen. Ungarn betrachte keinen Staat als Feind und unternehme militärisch nichts, was jemanden bedrohen könnte. Das langfristige Ziel sei, Mitglied der westeuropäischen Institutionen zu werden. Regionale Zusammenarbeit stärke die Sicherheit. Konsultationen mit dem Westen, wie diese Konferenz, gäben wertvolle Unterstützung. Das ungarische Verteidigungskonzept misst der WEU grosse Bedeutung bei. Ungarn möchte seine Mittel für friedenserhaltende Aktionen ausbauen.

Gabor Bródi (ungarisches Aussenministerium) nannte als erste Priorität, ein Überschwappen der bewaffneten Auseinandersetzungen auf Kosovo, die Vojvodina und den Sanjak zu verhindern und das Embargo gegen Serbien/Montenegro zu verschärfen. Wenn dies nichts nützen sollte, müssten alle Mittel eingesetzt werden, zunächst die politischen, dann andere, wenn nötig.

Prof. Jiri Valenta (CSFR) meinte, eine europäische Sicherheitsarchitektur dürfe kein Papiertiger sein. Die Verhinderung eines Überschwappens des Krieges in Jugoslawien genüge nicht. Man müsse das Problem an der Wurzel angehen. Eine militärische Intervention sei nicht gegen Serbien gerichtet, sondern diene dazu, dass zu retten, was zu retten sei. Es gebe keine Anzeichen, dass der Konflikte ohne militärische Intervention von aussen enden werde. Es werde nicht möglich sein, das Territorium zu kontrollieren, wohl aber Nahrungstransporte zu schützen und die schweren Waffen der Konfliktparteien zu kontrollieren.

Catrina bemerkte, am Schluss würde sich doch wieder die Frage stellen, wer zu einer Intervention bereits sein würde.

Prof. Jiri Valenta (CSFR) antwortete, dies könnte die US Air Force, die US Navy sowie Kontingente von Frankreich und Deutschland sein. Wie würde sich die Schweiz zu einem Einsatz stellen?

Winkler antwortete, die Schweiz habe keine geeigneten Truppen. Wenn eine Intervention durch die UNO beschlossen würde, könnte sich die Schweiz aber bereit finden, Überflugs- und Transitrechte zu gewähren.

Prof. Jiri Valenta bemerkte, dies wäre eine grosse Änderung [der schweizerischen Position], wenn es tatsächlich beschlossen werden sollte.

Winkler stimmte zu. Es würde sich die Frage stellen, ob die Überflugsrechte nur für Transport- oder auch für Kampfflugzeuge gewährt würden. An Botz (Ungarn) stellte er die Frage, was eigentlich die zahlreichen bilateralen Abkommen zum Inhalt hätten.

Oberst Laszlo Botz (ungarisches Verteidigungsministerium) antwortete, es seien spezifische Abkommen, z.B. über Ausbildung oder Sport die zwischen Streitkräften oder Verteidigungsministerien abgeschlossen worden seien.

Generalmajor Jiri Divis (CSFR) bemerkte, die CSFR habe eine ähnliche Praxis. Solche Abkommen oder Memoranda würden durch die Minister unterzeichnet und betreffen die friedliche militärische Zusammenarbeit.

Oberst Laszlo Hajdú (ungarisches Verteidigungsministerium) stellte die Frage, wer für die Kosten einer militärischen Intervention in Jugoslawien aufkommen würde. Zunächst sollte das Embargo strikt durchgesetzt werden. Als nächsten Schritt sollte man z.B. in der Adria eine militärische Kräftedemonstration machen. Wenn dies alles fehlschlagen würde, müsse man eine militärische Aktion erwägen.

Prof. Jiri Valenta (CSFR) wies darauf hin, die Schweiz habe sich traditionell bemüht, Krisen lösen zu helfen. Die Schweiz sei 1956 und 1968 von grossem Nutzen gewesen. Dies sage er nicht aus reiner Höflichkeit. Die Schweiz sollte aktiver werden und sich in der europäischen Politik stärker engagieren. Die Schweiz sollte nach Valenta im Bereich der Aufklärung und Nachrichtendienste und der Forschung mehr tun, zumal sie ein wirtschaftlich bedeutendes Land ist. Man sollte dafür die richtigen Partner finden. Die Schweiz könnte auch solchen Institutionen wie der Konrad-Adenauer-Stiftung (der CDU) in Deutschland helfen, grosse Forschungsprojekte zu lancieren. Die Nachrichtendienste sollten laut Valenta ihre Erkenntnisse austauschen. Die Schweiz sollte auch die wirtschaftlichen Beziehungen mit der CSFR, Polen und Ungarn fördern. In sinnvollen Bereichen sollte die militärische Zusammenarbeit gefördert werden, z.B. könnten gemeinsame Arbeitsgruppen sich zweimal pro Jahr treffen, um die Lage zu analysieren und das gegenseitige Verständnis zu verbessern. Die Schweiz sollte auch, laut Valenta, das, was sie tut, besser "verkaufen". Sie kann bei der Umstellung von Kommunismus auf die Marktwirtschaft helfen, z.B. durch solche Konferenzen wie diese hier oder die Unterstützung von Instituten im Osten mit Computer.

Gabor Bródi (ungarisches Aussenministerium) brachte das Anliegen an die Schweiz vor, die wirtschaftlichen Beziehungen, und damit die wirtschaftliche Stabilität in Ungarn, zu fördern. Die Zukunft der demokratischen Institutionen werde weitgehend davon abhängen. In Ungarn bestehe ein grundsätzlicher Konsens, der die Oppositionsparteien einschliesse, die wirtschaftlichen Probleme nicht in der politischen Auseinandersetzung so zu benutzen, dass sie das demokratische System schwächen würden. Ungarn brauche Investitionen und Technologietransfer und suche dafür die Partnerschaft und das Engagement der Schweiz. Ungarn suche Möglichkeiten, die Handelsbilanz mit der Schweiz zu verbessern. Die Schweiz könnte vielleicht auch bei der Konversion und Sanierung der Rüstungsindustrie behilflich sein. Schliesslich seien auch regelmässige Kontakte zu den Themen Aussen- und Sicherheitspolitik sowie militärische Zusammenarbeit nützlich.

Prof. Jiri Valenta (CSFR) regte an, die Schweiz sollte eine Stiftung zur Förderung und Unterstützung von Demokratie und demokratischen Institutionen in Mitteleuropa errichten.

Bilaterales Treffen mit der CSFR

Die CSFR ist, wie *Ivan Majercín* (Aussenministerium der CSFR) ausführte, der NATO dankbar für die Erklärung, dass die Sicherheit der CSFR ein Anliegen der NATO sei. Die CSFR ist mit den Aktivitäten des NACC sehr zufrieden, aber viele in der CSFR würden eine dramatischere Form der Annäherung an die NATO begrüssen. Auf absehbare Zeit besteht keine militärische Bedrohung Mitteleuropas. Eine Operation wie jene von 1968 gegen die CSSR ist unvorstellbar. In der CSFR wird angenommen, dass die NATO bei einem völligen Abschneiden der Energiezufuhren oder einem massiven Einströmen von

Flüchtlingen helfen würde. Die CSFR hat die NATO angefragt, Pläne für solche Szenarien zu entwerfen.

Was kann die CSFR der NATO anbieten, wenn sie Mitglied werden sollte?

- a) Gleiche Sicherheit: Wenn die CSFR bedroht ist, dann ist es auch der Rest von Europa.
- b) Die CSFR ist ein Stabilitätsfaktor in Mitteleuropa und will diese Rolle weiterhin spielen.

Es wird nicht möglich sein, mit "business as usual" weiterzufahren, wenn die CSFR am Ende dieses Jahres zu existieren aufhören wird. Das letztliche Ziel der Tschechischen Republik ist die volle Integration in die (west-)europäischen Institutionen (NATO, WEU, EG). Die Slowakische Republik wird voraussichtlich das gleiche anstreben. Das Assoziationsabkommen von 1990 ist eine gute Grundlage für die Integration der Tschechischen und der Slowakischen Republik in die EG. Es ist den beiden Republiken klar, dass ein Gesuch um Mitgliedschaft in den westlichen Institutionen nur dann eine Chance hat, wenn die Auflösung der CSFR friedlich vor sich geht. Die tschechoslowakische Delegation zeigte sich zuversichtlich, dass dies der Fall sein wird. Die tschechische und slowakische Führung sei entschieden, Gewalt zu verhindern und freundliche gegenseitige Beziehungen beizubehalten (Zollunion, Koordination der Aussen- und Verteidigungspolitik). Die CSFR könne beweisen, dass das jugoslawische Beispiel nicht das einzige dafür ist, wie man einen früheren kommunistischen Staat auflöst.

Generalmajor Jiri Divis (Generalstab der CSFR) erklärte, die CSFR habe einen Plan für die Restrukturierung der Streitkräfte bis zum Jahr 2005 ausarbeitet. Die erste Phase, die 1995 abgeschlossen sein soll, begann 1991 mit einer Verringerung der Streitkräfte (Ausgangsbestand: 200'000, CFE-Limite 140'000) und mit einer Re-Dislozierung. Die frühere Konzentration im Westen wurde durch eine teilweise Verlagerung in die Slowakei abgebaut. Neue territoriale militärische Hauptquartiere wurden in Mähren und in der Slowakei eingerichtet. Die Anzahl der Divisionen wurde von 15 auf 7 verringert, von denen 4 in höherem Bereitschaftsgrad sind, davon haben allerdings nur 2 einen Bestand von mindestens 80%. Hunderte von Formationen und Tausende von Soldaten wurden verschoben. Die Verschiebung von Personen war nicht sehr schwierig, aber die militärischen Einrichtungen waren im Westen konzentriert.

In Anbetracht der Aufteilung der CSFR ist es unklar, wie die künftigen Streitkräfte aussehen werden. Meciar (Slowakei) spricht über eine gemeinsame, die tschechischen Politiker über getrennte Armeen. Wenn zwei Staaten entstehen, so sollen auch zwei Armeen entstehen, sagte Generalmajor Divis. Die Aufteilung der Streitkräfte wird schwierig sein. Die Luftwaffe wurde als ein System konzipiert; es ist schwierig, wenn nicht gar unmöglich, sie in zwei funktionsfähige Teile aufzuspalten. Für einige Zeit wird das System zusammengehalten werden müssen. Ein Aufteilungsplan mit "Fahrplan" ist notwendig. Bis die Aufteilung vollständig erfolgt ist, muss eine gemeinsame Behörde bestehen, um die Kontrolle und die ordnungsgemässe Aufteilung sicherzustellen. Ende September 1992 wird das Gesetz über die Auflösung der CSFR vielleicht verabschiedet sein, welches die Grundlage für die Aufteilung sein wird. Vorher kann damit nicht begonnen werden.

Das Verhältnis der CSFR zur NATO wurde wie folgt beschrieben: Die CSFR und die NATO teilen die Ansichten zur internationalen Lage. Im CSFR-Generalstab wurde ein Plan entwickelt, um graduell eine Kompatibilität der CSFR-Streitkräfte mit der NATO zu erreichen. Eine gemischte Gruppe von Experten der NATO und der CSFR wurde eingesetzt, um die Restrukturierung der tschechoslowakischen Streitkräfte zu behandeln. Die Dienstzeit in der CSFR wurde von 24 auf 18 Monate verringert; von 1993 an werden es nur noch 12 Monate sein. Die NATO, und insbesondere SHAPE, habe auf die tschechoslowakischen Anliegen gut reagiert. Generalmajor Divis hatte manchmal den Eindruck, dass die Militärs von SHAPE die CSFR wie den 17. NATO-Mitgliedstaat aufnahmen. Die politischen Behörden der NATO sind etwas distanzierter und halten genau

die offizielle Linie ein. Die Tschechische Republik wird laut Generalmajor Divis die volle Mitgliedschaft in der NATO anstreben.

Im privaten Gespräch erklärte Generalmajor Divis zusätzlich:

- Die CSFR habe derzeit 21 SS-23-Raketen. Der Zeitpunkt der Eliminierung hänge nur davon ab, dass ein umweltschonendes Verfahren gefunden werden kann. (Der feste Raketentreibstoff könne nicht aus den Raketen entfernt werden.)
- In der CSFR wurden keine sowjetischen chemischen Waffen oder Nuklearsprengköpfe gelagert. In den 60er Jahren gab es, wie nachträglich bekannt wurde, sowjetische Pläne für den Bau von Bunkern für Nuklearsprengköpfe, die aber nicht ausgeführt wurden.
- Die Aufteilung der CFE-Limiten unter die Tschechische und die Slowakische Republik soll nach folgendem Schlüssel geschehen:

<i>Weapons system</i>	<i>CSFR</i>	<i>CR</i>	<i>SR</i>
Tanks	1435	957	478
ACV	2050	1367	683
davon AIFV	1430	954	476
Artillery	1150	767	383
Combat aircraft	345	230	115
Attack hel	75	50	25
Bridge-laying tanks	50	33	17

- Politisch ist nach Ansicht von Generalmajor Divis die Zeit reif für eine volle Mitgliedschaft der CSFR in den westlichen Institutionen (EG, WEU, NATO). Aber diese Institutionen sagen nein und stellen Bedingung nach Bedingung. Das wird als klares Zeichen dafür angesehen, dass Westeuropa nicht realisiert, dass die Bedrohung aus dem Osten kommt, bevor es zu spät ist.

Anliegen der CSFR

Im bilateralen Teil der Konferenz hat die CSFR-Delegation folgende konkreten Anliegen und Vorschläge unterbreitet:

- Div Carlo Vincenz hat einen Besuch in Prag abgestattet. Die CSFR ist an einem Gegenbesuch sehr interessiert.
- Ein Besuch des C EMD oder des Generalstabschefs wäre sehr erwünscht. Dies würde vorteilhafterweise nicht vor Mitte 1993 stattfinden (wegen der Aufteilung der CSFR). Dabei könnten auch Richtlinien für die Zusammenarbeit ausgearbeitet werden.
- Die CSFR schlägt regelmässige bilaterale Treffen der Verteidigungsminister und der Generalstabschefs im Intervall von 1-2 Jahren sowie dazwischen Stabsgespräche vor. Man sollte sicherstellen, dass der nächste Besuch des Generalstabschefs als Beginn einer solchen regelmässigen Folge betrachtet wird. Die Slowakei wäre in Zukunft daran sicherlich ebenso interessiert wie die Tschechische Republik.
- Generalmajor Divis lädt Vertreter der Schweiz dazu ein, das tschechoslowakische *Verifikationszentrum* zu besuchen (das ihm unterstellt ist). Dabei können die schweizerischen Vertreter Einsicht in das Material von CFE-Inspektionen und von vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen haben. Die Wahl des Besuchszeitpunktes ist der Schweiz überlassen. Generalmajor Divis wies darauf hin, dass dies eine offizielle Einladung sei. Die Schweiz solle ihm mitteilen, wann und mit wievielen Personen sie diesen Besuch machen wolle.

- Generalmajor Divis äusserte den Wunsch, dass ein Schweizer Fachmann zuhanden der Tschechischen Republik eine *Studie* ausarbeitet, welche die Struktur und Dislozierung der tschechischen Streitkräfte in der neuen Lage nach der Auflösung der CSFR zum Thema hat. Die Tschechische Republik plant, solche Studien von mehreren ausländischen Fachleuten ausarbeiten zu lassen (USA, Grossbritannien, Deutschland, Frankreich). Diese Studie sollte für die Tschechische Republik kostenlos sein und bis Dezember 1992 oder Januar 1993 fertiggestellt sein. (Div Geiger sicherte Generalmajor Divis zu, dass diese Studie ausgearbeitet werden solle.)
- Die CSFR wäre daran interessiert, im Bereich von *Open Skies* mit der Schweiz zusammenzuarbeiten. Laut Generalmajor Divis verfügt die CSFR über Flugzeuge der Typen L-49 und An-30, die für eine ersten Phase für diese Aufgabe geeignet seien. Es sei jedoch nicht möglich, neue Sensoren in diese Flugzeuge einzubauen. Die CSFR beginne ein Nachfolgemodell (L-6010) herzustellen. Sie werde die Resultate der Open-Skies-Flüge mit Ungarn und Polen teilen. Generalmajor Divis fragte, ob die Schweiz daran interessiert wäre, als vollwertiger Partner diesem Pool beizutreten. Eine Schweizer Beteiligung würde die technischen und finanziellen Probleme für die CSFR, Polen und Ungarn verringern, zumal Anschaffung und Unterhalt neuer Flugzeuge und Sensoren kostspielig sind. Die Schweiz würde gleich wie die anderen Pool-Mitglieder bestimmen können, über welche Gebiete Open-Skies-Flüge stattfinden sollten. Generalmajor Divis machte darauf aufmerksam, dass die Aufteilung der CSFR für dieses Projekt Probleme verursachen könnte. Wenn die Schweiz bereit sei, Gespräche zu beginnen, werde er ein Treffen veranstalten.
- Die CSFR ist daran interessiert, mit der Schweiz ein gemeinsames Projekt zu unternehmen, das dazu dienen sollte, die Ansichten und Erfahrungen mit der Bewältigung von Flüchtlingsströmen auszutauschen.
- Die CSFR würde es sehr schätzen, wenn das strategische Institut des Generalstabes Unterstützung erhalten könnte, analog zu jener, die für das Institut von Tibor Köszegvari in Budapest geleistet wird (technische Ausrüstung).

Conference with the CSFR, Hungary, Poland and Switzerland

Hotel Seepark, Thun, 8-12 September 1992

List of Participants

Czech and Slovak Federated Republic

Mr. Jozef Braun, Director, Division for Analysis and Planning, Ministry of Foreign Affairs

Major-General Jiri Divis, Head of the Administration for International Relations, General Staff of the Czech and Slovak Army

Colonel Ladislav Kozler, Deputy Head of the Administration for International Relations, General Staff of the Czech and Slovak Army

Mr. Ivan Majercín, Deputy Director, Division European Security and Cooperation, Ministry of Foreign Relations

Prof. Jiri Valenta, Director of the Institute of International Relations, Prague

Republic of Hungary

Colonel László Botz, Head of the Department of International Relations, Ministry of Defence of the Republic of Hungary

Mr. Gábor Bródi, Deputy Head of the Department for Security Policy and Co-operation in Europe, Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Hungary

Colonel László Hajdú, Head of Section, Department for Defence Policy, Ministry of Defence of the Republic of Hungary

Colonel (ret.) Tibor Kószegvári, Director of the Institute for Defence Research of the Ministry of Defence of the Republic of Hungary

Mr. András Nagy, Senior Desk Officer, Department for Security Policy and Co-operation in Europe, Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Hungary

Republic of Poland

Colonel Waldemar Czarnecki, Ministry of Defence

Prof. Antoni Z. Kaminski, Director of the Polish Institute of International Affairs, Warsaw

Colonel Tadeusz Lésniowski, Ministry of Defence

Mr. Robert Smolen, Head of the CSCE Division, Ministry of Foreign Affairs

Colonel Bogdan Svietlicki, Ministry of Defence

Switzerland

Dr. Thomas Borer, Direction for International Law, Federal Department of Foreign Affairs

Dr. Herbert Braun, Head of the Section of Basic Studies, Central Office for Defence

Dr. Christian Catrina, Deputy to the Representative of the Chief of Staff for Politico-Military Affairs, Federal Military Department

Dr. Erwin Dahinden, Staff of the Representative of the Federal Military Department for Arms Control and Peace Policy Measures

Ambassador Guy Ducrey, Head of the Political Secretariat, Federal Department of Foreign Affairs

Major-General Louis Geiger, Chief of Staff for Operational and Strategic Training, Federal Military Department

Lieutenant-General Heinz Häsler, Chief of the General Staff, Federal Military Department

Mr. René Haug, Political Division III, Federal Department of Foreign Affairs

Mr. Raimund Kunz, Head, CSCE Service, Political Division III, Federal Department of Foreign Affairs

Mr. Nicolas Nagy, Federal Office for Foreign Trade

Mr. Bruno Rösli, Staff of the Representative of the Federal Military Department for Arms Control and Peace Policy Measures

Colonel GS Urs Rüegger, Defence Attaché (designate of Switzerland to the CSFR)

Dr. Peter Sutter, Head, Service for Peace Questions, Federal Department of Foreign Affairs

Dr. Theodor H. Winkler, Representative of the Chief of Staff for Politico-Military Affairs, Federal Military Department

Conference with the CSFR, Hungary, Poland and Switzerland

Hotel Seepark, Thun, 8-12 September 1992

Programme

September 8, Tuesday

Evening

Arrival of the delegation from Hungary (MA 564, 1020)

Dinner (Hotel Seepark, Thun)

September 9, Wednesday

Morning (bilateral Hungary - Switzerland)

0900-1200 Presentation by each side of the basic assessment of the situation and the consequences for armed forces, security policy, and foreign policy
Chair: Dr. Theodor H. Winkler, Representative of the Chief of the General Staff for Politico-Military Affairs, Federal Military Department

Presentations by *Swiss* participants (20' each):

- European integration, consequences for security policy (Dr. Christian Catrina)
- Neutrality (Dr. Thomas Borer)
- Army 95 (Dr. Theodor H. Winkler)

Presentations by *Hungarian* participants (20' each):

- The relationship of Hungary with NATO, the EC and the WEU
- Armed forces planning
- Cooperation with Switzerland (Problems, perspectives, wishes)

1215 Lunch at the Hotel Seepark

Afternoon Continuation of the discussion in informal setting on a boat trip on the Lake of Thun

Evening Arrival of the delegations from the CSFR and Poland

1930 Aperitif (Schadau Castle)

2015 Formal Opening Dinner (Schadau Castle), hosted by the Chief of the General Staff, Lieutenant-General Heinz Häsler

September 10, Thursday

Morning (CSFR, Hungary, Poland, Switzerland)

International security in Europe as seen from the various national perspectives

0830-1000 The political situation in Europe (presentation by each state 10' followed by free discussion after the fourth presentation)

Chair: Ambassador Guy Ducrey

- 1000-1030 Coffee break
 1030-1200 Military-political assessment (presentation by each state 10' followed by free discussion after the fourth presentation)
Chair: Dr. Theodor H. Winkler, Representative of the Chief of the General Staff for Politico-Military Affairs
 1230 Lunch

Afternoon (CSFR, Hungary, Poland, Switzerland)

- 1415-1545 European security architecture (presentation by each state 10' followed by free discussion after the fourth presentation)
Chair: Mr. Raimund Kunz, Head, CSCE Service, Political Division III, Federal Department of Foreign Affairs
 1545-1615 Coffee break
 1615-1745 New challenges to European security (presentation by each state 10' followed by free discussion after the fourth presentation)
Chair: Dr. Theodor H. Winkler, Representative of the Chief of the General Staff for Politico-Military Affairs

Evening

- 1930 Dinner

September 11, Friday

Morning (CSFR, Hungary, Poland, Switzerland)

- 0900-1015 What should be done? (presentation by each state 15')
Chair: Mr. Nicolas Nagy, Federal Office for Foreign Trade
 1015-1035 Coffee break
 1035-1200 What should be done? (discussion)
Chair: Mr. Nicolas Nagy, Federal Office for Foreign Trade
 1230 Lunch

Afternoon

- Departure of the delegations from Hungary and Poland
 Boat trip with the delegation from the CSFR
 1900 Dinner (CSFR - Switzerland), hosted by the Chief of Staff for Operational and Strategic Training, Major-General Louis Geiger

September 12, Saturday

Morning (bilateral CSFR - Switzerland)

- 0900-1100 Presentation by each side of the basic assessment of the situation and the consequences for armed forces, security policy, and foreign policy
Chair: Major-General Louis Geiger, Chief of Staff for Operational and Strategic Training, Federal Military Department
 Presentations by *Swiss* participants (20' each):
 - European integration, consequences for security policy (Dr. Christian Catrina)
 - Neutrality (Dr. Thomas Borer)
 - Army 95 (Dr. Theodor H. Winkler)
 Presentations by *CSFR* participants (20' each):

- The relationship of the CSFR with NATO, the EC and the WEU
- Armed forces planning
- Cooperation with Switzerland (Problems, perspectives, wishes)

1100
1145
1525

Cold Meal

Departure from Thun

Departure of the delegation from the CSFR with SR 476

912

DR. THEODOR H. WINKLER
 Beauftragter des Generalstabschefs für sicherheitspolitische Fragen
 Eidgenössisches Militärdepartement, Viktoriastrasse 84, 3003 Bern
 Tel. (031) 67 51 66, Fax (031) 67 61 38

Herrn KKdt
 Heinz Häslar
 Generalstabschef

Bern, den 2. Oktober 1992

0 5. OKT. 1992	
X	Generalstabschef
	Stabsabteilung
	Info Dienst
	AFM
	UG Front
	UG NA
	UG Logistik
	UG Planung
	SCOS
	KGK

JA-Rep
2/2
[Signature]

Sehr geehrter Herr Generalstabschef,

Ich erlaube mir, Ihnen beiliegend den Bericht der Konferenz mit der CSFR, Polen und Ungarn zuzustellen, die vom 9.-12. September in Thun stattfand.

Dieser Bericht wurde ausser Ihnen noch folgenden Personen zugestellt:

Ausbildungschef
 Kdt FF Truppen
 SCOS

USC Front
 USC NA

Brig Schärli
 C AFM

CND
 CNDA (2)
 VA Budapest
 VA Wien

Oberst i Gst Urs Rügger
 Oberstlt Albrecht Ringgenberg, MP

Dr. Bernhard Marfurt, GS EMD
 Dr. Herbert Braun, ZGV
 Daniel Woker, Pol. Abt. I, EDA
 Botschafter Guy Ducrey, Pol. Sekretariat, EDA
 Thomas Borer, DV, EDA
 Dr. Peter Sutter Pol. Abt. III, EDA
 Charles Raedersdorf, SKH, EDA
 Botschafter Rudolf Weiersmüller, EDA
 Peter Arbenz, BA für Flüchtlinge
 Botschafter Dr. Richard Gaechter, Warschau
 Botschafter Dr. Maurice Jeanrenaud, Prag
 Botschafter Max Dahinden, Budapest

Mit freundlichen Grüßen

Theodor H. Winkler

Dr. Theodor H. Winkler